Nr. 2224. Mittwoch, 6. Januar. (Abend-Ausgabe.) 1864.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Illgen & Fort, H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann Hartmanns Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Dresden, 5. Januar, Nachm. Der Commissionsbericht der ersten Kammer über den Vierundvierziger-Antrag der Zweiten in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit empfiehlt der Kammer dem Ausdruck des Bedauerns über den Bundesexecutionsbeschluß und der Anerkennung der Thätigkeit der Regierung beizutreten. Dagegen empfiehlt der Bericht statt der Occupation ganz Schleswig-Holsteins eine schleunige Entscheidung über die Erbfolge, wirksamen Schutz für die Zusammengehörigkeit Schleswig-Holsteins und Abweisung ausländischer Einmischung. Morgen Beschlußfassung.

Dresden, 5. Januar, Nachm. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer gab der Staatsminister v. Beust folgende Erklärung ab: Die Abstimmung Sachsens betreffend den Aufenthalt des Herzogs Friedrich in Holstein weiche von der Proposition des Präsidialgesandten ab, sei durch die erforderliche Rücksichtsnahme auf die Verantwortlichkeit des Bundescommissars motivirt und ändere nicht das Geringste an der rechtlichen und politischen Haltung Sachsens. Zugleich sprach der Minister die Hoffnung aus, die Majorität des Bundestages werde für den Anspruch der Augustenburger entscheiden, und bestätigte die Erklärung des würtembergischen Ministers Freiherrn v. Hügel, daß zwischen Sachsen und Würtemberg vollkommene Uebereinstimmung bestehe.

Hamburg, 5. Januar. Nach einer Correspondenz aus **Kiel** heißt es in der Eingabe der Prälaten und der Ritterschaft vom 28. December v. J. an den deutschen Bund unter Anderem: „Wir geben uns der festen Zuversicht hin, daß die Bundestruppen uns nicht eher verlassen werden, als bis alle wohlbegründeten Landesrechte hergestellt und gesichert sind. Nur in der Durchführung des vollständigen Landesrechts erblicken wir eine Sicherung der Landeswohlfahrt. Das Recht des Landes verlangt jetzt mehr als die Erzwingung der elf Jahre umgangenen und verweigerten Erfüllung der in den Jahren 1851 und 1852 festgesetzten Stipulationen. Das Erbfolgerecht in Schleswig-Holstein ist ein nicht zweifelhaftes und beweist, daß der Erbprinz **Friedrich** der rechtmäßige Herzog und das Londoner Protocoll ungiltig ist. Es ist ein gerechter Anspruch, daß Holstein in seinem Rechte, zusammen mit Schleswig von Dänemark losgelöst zu werden, von dem Bunde unterstützt werde. Die Eingabe weist dann nach, wie das Recht in Schleswig unterdrückt sei und constatirt, wie das Land mit Sehnsucht der Entscheidung des Bundes entgegensehe, wie ernstlich es die Einsetzung des legitimen Fürsten verlange." Der schließliche Antrag geht dahin:

„der Bund wolle bei Entscheidung über die Erbfolge das Recht Holsteins aufrecht erhalten, den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und das Recht Holsteins, wie seiner Fürsten, auf die vollständige und unzertrennliche Verbindung Holsteins mit Schleswig schützen."

Diese Eingabe ist den Bundes-Commissarien überreicht worden.

Hamburg, 5. Januar, Abends. Den „Hamburger Nachrichten" wird aus **Kiel** gemeldet, daß die Dänen dem südöstlichen Güterdistrict in Schleswig, dem sogenannten dänischen Wohld, ungeheure Requisitionen, darunter Gestellung von 300 zweispännigen Wagen und Lieferung von drei Millionen Pfund Stroh nach Schleswig auferlegt haben.

Flensburg, 5. Januar. Die gestrige „Flensburger Zeitung" theilt mit: Wie man hier erfährt, hat die Insel Fehmarn von Eckernförde aus eine starke Besatzung erhalten, und werden, wenn der Krieg ausbricht, von dort aus Flankenangriffe unternommen werden. — König **Christian** hielt gestern eine Revue über einen bedeutenden Theil der Armee ab und begiebt sich heute nach Friedrichsstadt.

Rendsburg, 3. Januar. Hinter der Verpallisadirung der Schleusenbrücke, die nur aus einfachem Lattenwerk besteht, bauen die Dänen Baracken. Fast in jeder Nacht kommen Deserteure in Uniform von den dänischen Truppen herüber, sollen aber zurückgewiesen werden. In letztvergangener Nacht hatten namentlich zwei schleswigische Husaren mit ihren Pferden glücklich den Weg über die Dämme und das Eis gefunden. Mehrere Correspondenten englischer Blätter haben sich von hier nach Schleswig begeben.

Heide, 3. Jan. Die Landesvorsteher-Collegien beider Dithmarschen haben die Anerkennung des Herzogs **Friedrich** ausgesprochen, Deputationen an ihn entsendet und eine Adresse an den Bund um Anerkennung den Commissaren zugehen lassen. Im Laufe des Nachmittags ist der General v. **Hake** mit zwei Bataillonen, einer halben reitenden Batterie und etwas Kavallerie hier eingerückt, wahrscheinlich um an die untere Eider zu gehen und ihre Ueberschreitung Seitens der Dänen zu hindern.

Kiel, 4. Jan. Sicherem Vernehmen nach wird die holsteinische Regierung nächster Tage hierher verlegt.

London, 4. Januar, Nachts. Der Dampfer „Canada" hat Nachrichten aus **Newyork** vom 24. December in Cork abgegeben. Die Repräsentantenkammer hat 20 Millionen Dollars zu Handgeldern für Freiwillige votirt. Es ging das Gerücht, daß bei einem Versuche dreier unionistischer Monitors und des „Ironsides", die Sperrung des Hafens von Charleston zu forciren, zwei Monitors beschädigt worden seien und daß man fürchtete, der „Ironsides" werde im Stiche gelassen werden müssen.

Aus **Mexiko** verlautete gerüchtsweise, daß ein Theil des Gouvernements Neu-Léon sich für die Franzosen erklärt habe.

In Newyork war am 24. der Cours auf London 165½, Goldagio 51⅞, Baumwolle 79.

Landtags-Verhandlungen.

23. Sitzung des Abgeordneten-Hauses.

Bericht der Budget-Commission über den Etat der **Marineverwaltung**. — Berichterstatter Abgeordnete **Kerst** und **Harkort**.

Abg. **Harkort** (auf der Tribüne fast unverständlich) beschwert sich über den Mangel an Material, mit welchem die Commission zu kämpfen gehabt. Es könne deshalb auch von den Berathungen kein genügendes Resultat erwartet und nur empfohlen werden, auf Grund des Art. 82 der Verfassung, eine Commission zu ernennen, welche den Gegenstand erschöpfend zu untersuchen habe. Redner sucht den Beweis zu liefern, daß unsere Marine stiefmütterlich behandelt werde, und in Folge dessen sogar beklagenswerthen Mangel an brauchbaren Matrosen leide, da die besten Seeleute sich von der preußischen Marine fern hielten, oder zurückzögen.

Kriegsminister v. **Roon**: Er glaube, es würde ihm nicht schwer werden, die Vorwürfe zu widerlegen. Der Abg. habe von einem Mangel an Material gesprochen, welches der Commission vorgelegen habe. Er glaube, daß die Regierung jederzeit das Material, über welches **sie selbst** verfüge, bereitwillig zu Gebote gestellt habe. Wenn von dem Redner eine Anklage erhoben worden, die durch tendenziöse Artikel in der Presse und durch tendenziöse Pamphlete im Publikum verbreitet worden sei, so werde es ihm schwer, darauf zu antworten, weil es seine Person betreffe. Daß der Kriegsminister an der Spitze der Marineverwaltung stehe, sei eine Thatsache, welche er nicht herbeigeführt habe. Er habe allerdings mit seiner Verwaltung des Kriegsministeriums vollauf zu thun und es gehöre ein großer Grad von Selbstüberwindung und Thatkraft dazu, um das schwierige Ressort der Marine-Verwaltung mit zu versehen. Wenn in Bezug auf den Organismus noch nicht so viel gethan sei, wie wünschenswerth, so sei das nicht die Schuld des Kriegsministers. Den Vorwurf, daß die Verwaltung der Marine bei den vielen Sorgen des Kriegsministers von seiner Seite eine stiefmütterliche Behandlung erleide, müsse er zurückweisen. Er habe ein warmes Herz für die Sache; daß er **nautische** Kenntnisse nicht besitze, sei kein Einwand, der für seine Befähigung zur **Verwaltung** der Marine durchschlagend wäre. Es komme darauf an, daß die Verwaltung eine sachgemäße sei, und daß in denjenigen Branchen der Verwaltung, wo der Spitze die technische Kenntniß fehle, der Rath bei vorzüglichen practischen Räthen gesucht werde. Es sei nicht richtig, daß die Behandlung der Marine eine stiefmütterliche sei, weil die Militair-Verwaltung so große Mittel in Anspruch nehme. Er berufe sich auf die Verhandlungen des Hauses im Jahre 1862; damals seien mit vieler Mühe 200,000 Thlr. bewilligt worden den vielen Forderungen der Marine-Verwaltung gegenüber, welche unberücksichtigt blieben. Diese **karge Bemessung der Mittel** sei nach seiner Auffassung der Hauptgrund, warum viele Mängel noch nicht abgestellt seien. Erwidern aber müsse er, daß wir ein Marine-Comité unter dem Namen des „Admiralitätsraths" besitzen, zur Berathung rein technischer Fragen. Wenn der Redner auf das Unzuträgliche hingewiesen habe, daß ein **Infanterie**-General die Direction erhalten habe, so sei ein solcher Vorwurf nicht berechtigt, so lange die Verwaltung der Sache entspreche. Der Herr Abgeordnete habe ferner gesagt, der Verwaltungsapparat sei kolossal gegenüber der Truppe; er sagte, die Verwaltung sei ein Riese und die Marine ein Kind. Wenn ein Kind groß gezogen werden solle, bedürfe es der Pflege und Belehrung. Daß der Zuschnitt der Marine nicht in den Dimensionen bleiben könne, welche sie bisher habe, darin sei die Verwaltung mit der Landesvertretung einverstanden; es habe bisher nur an den Mitteln gefehlt, um eine größere Flotte zu schaffen. Es handle sich dabei aber nicht blos um einen vermehrten Schiffsbau, sondern auch um die Beschaffung der nöthigen Mannschaften. Wenn gegenwärtig bei der beabsichtigten Indienststellung der Marine es an **Mannschaften** fehle, so sei das nicht Schuld der Regierung, sondern Derjenigen, die bisher die Vermehrung des Flottenpersonals standhaft verweigert hätten. Der Mangel an **Kriegs-Häfen** sei allerdings ein begründeter Uebelstand. Die Anlegung sei eine sehr kostspielige Angelegenheit, welche reiflich erwogen werden müsse. Diese Erwägungen seien zu einem Abschluß gelangt und würden demnächst zur Kenntniß der Landesvertretung gebracht werden. Der Hafen von Swinemünde biete vorläufig eine Sicherheit für die Flotte. Eine fernere Bemerkung anlangend, möge es zweckmäßig sein, Schiffsjungen auf Handelsschiffe zu geben und ein Gesetz zu erlassen, welches Handelsschiffe verpflichte, Schiffsjungen an Bord zu nehmen. Allein das Schiffsjungen-Institut habe den Zweck, Unteroffiziere zu erziehen und dazu sei mehr erforderlich, als die Ueberweisung der Schiffsjungen an die Handelsmarine. Was der Vorredner in Bezug auf die bessere Bezahlung der Offiziere gesagt habe, acceptire er bestens; dies hänge aber nicht von der Verwaltung allein ab. Alle übrigen Vorwürfe des Vorredners müsse er als nicht substanzirt bezeichnen.

Referent **Kerst** geht speciell auf die Auslassungen des Kriegsministers ein, die er zu widerlegen sucht. Die Ablehnung der vorjährigen Regierungsvorlage sei erfolgt, weil die Regierung dem Wunsche des Hauses nach Vorlegung eines **Gründungsplanes** für die Marine nicht nachgekommen sei und weil das Haus nicht eher eine Bewilligung habe machen wollen, bis es im Stande sei zu übersehen, was denn aus der preußischen Marine am Ende werden solle. Das Haus habe im Gegentheil zu jeder Zeit seine Bereitwilligkeit an den Tag gelegt, für die Marine Alles zu thun. Die Schuld liege aber an dem **Staatsministerium**, welches die gemachten Zusagen nicht erfüllt habe. Der Marine-Etat befinde sich bei uns überhaupt nur im **Provisorium**, was schon daraus hervorgehe, daß das Extraordinarium größer sei als das Ordinarium. Der Referent rügt ferner, daß unter der Verwaltung des gegenwärtigen Marineministers die Verwaltungs-Kosten der Marine sich ungemein vermehrt hätten, und daß Stellen, die naturgemäß von **See-Offizieren** hätten besetzt sein müssen, sich in den Händen von **Infanterie-Offizieren** befänden. — Der Regierungscommissar erwidert, daß mit der größeren Vermehrung des See-Offiziercorps auch für die Besetzung dieser Stellen mit See-Offizieren werde Sorge getragen werden können. Das Haus nimmt einstimmig den Antrag an, gegen die Kgl. Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, daß zugleich mit dem Etat von 1865 ein Gründungsplan der Flotte vorgelegt werde. Die Commission beantragt, vom Einkommen des Departements-Directors (4400 Thlr.) 400 Thlr. abzusetzen und die an den Etatsanlagen befindliche Randbemerkung zu streichen, daß, wenn dieser Director (derselbe ist jetzt Generalmajor) den Rang eines Divisions-Commandeurs erreiche, die in jenem Einkommen begriffene Zulage von 300 Thlr. auf 1200 Thlr., und falls er General-Lieutenant sein sollte, das Gehalt von 3000 Thlr. auf 4000 Thlr. erhöht werde.

Kriegsminister v. **Roon**: Er wolle nur constatiren, daß die Staatsregierung nicht einverstanden sei mit der dem Hause vorgeschlagenen Absetzung. Die Marineverwaltung solle und müsse eine militärische sein. Sobald man unter dem See-Offiziercorps die nöthige Auswahl habe, werde man einen **See-Offizier** an die Spitze der Verwaltung stellen, so lange dies nicht der Fall sei, einen Offizier der **Armee**; man habe deswegen einstweilen einen Infanterie-General an die Spitze gestellt, und er sei der Ansicht, daß dieser nicht verkürzt werden dürfe in dem Gehalte, zu welchem er in der Armee in Folge des Avancements aufrücken würde. — Abg. **Harkort** verwahrt sich Namens der Commission gegen die Behauptung des Marineministers, daß die Marineverwaltung eine **militärische sein müsse**.

Auch Referent Abg. **Kerst** widerspricht der Behauptung des Ministers v. Roon, es ständen in allen Seestaaten Officiere an der Spitze der Marineverwaltung. Das Haus tritt dem Antrage der Commission eben so wie allen folgenden bei; bei jeder Absetzung erhebt der Regierungs-Commissar im Interesse des Dienstes Widerspruch.

Die Regierung hat 5040 Thlr. für die **Marine-Stabswacht** (zur Aufrechterhaltung der Polizei auf den Schiffen und Werften) gefordert; die Commission beantragt, dieselben in die Rubrik: „künftig wegfallend" zu stellen.

Abg. v. **Vincke-Olbendorf**: Es liege eine technische Frage vor, die nur ein Seeofficier — und ein solcher sei nicht im Hause — zu beantworten vermöge; in dergleichen technischen Fragen gelte ihm das Urtheil **Sachverständiger** mehr, als das des fleißigsten **Dilettanten**. — Abg. **Harkort** bedankt sich für das Prädicat „Dilettant" und meint, daß bei uns Unterofficiere diesen Dienst ganz gut verrichten könnten. Uebrigens wolle er, um die von der Marine-Stabswacht geübte Wachsamkeit zu charakterisiren, noch bemerken, daß in Danzig zweimal die Kupferhaut vom Kiele eines Schiffes gestohlen worden sei.

Abg. **Stavenhagen**: Ueber die hier vorliegende Frage könne Jeder, auch ohne Techniker zu sein, sich ein Urtheil bilden. Die Armee-Gendarmen seien persönliche Ordonnanzen, die Stabswacht habe nur für die Ordnung im Hauptquartier zu sorgen und kümmere sich um die Armee als solche nicht. Ein Gendarmerie-Institut, wie es die Napoleonische Armee besessen habe, sei bei unserer Armee vollkommen entbehrlich und auch unsere Marine würde der Stabswacht aus gleichem Grunde entrathen können. — Abg. v. **Unruh**: Da Sachverständige ihm erklärt hätten, daß die älteren Matrosen, die allein die dazu erforderliche Autorität besitzen würden, sich mit diesem Dienste nicht befassen mögen, so stimme er für Beibehaltung dieser Einrichtung. — Berichterstatter Abg. **Kerst** will zur näheren Definirung seines „Dilettantismus" nur daran erinnern, daß er lange Jahre hindurch sich nicht bloß durch dreitägige Besichtigungen von Marine-Verhältnissen Kenntniß verschafft, daß er allein in Gemeinschaft mit einem Bremer Kaufmann „in den wenigen Monaten vom 15. November 1848 bis zum 21. April 1849, die deutsche Flotte aus dem Nichts geschaffen habe; dieselbe habe mindestens dieselbe Zahl Schiffe gezählt, wie die preußische Marine in eben so viel Jahren. Jeder Schiffscommandant ernenne auf seinem Schiffe einen Unteroffizier zur Handhabung der Polizei und er bestreite entschieden, daß der Infanterist oder Seesoldat an Bord — wo er immer nur eine „Landratte" bleibe — ein geeigneter Polizist sei; in der ersten Zeit hindere ihn schon die Seekrankheit daran (Heiterkeit). Wo eine Marine sich nicht blos aus Landeskindern rekrutire, sondern hauptsächlich aus Fremden, da möge es angemessen sein, auch Seesoldaten für die Polizei zu verwenden, um Meutereien u. s. w. zu unterdrücken. — Der betreffende Antrag der Commission wie die folgenden Anträge werden angenommen.

Zum Neubau von Schiffen und Ankauf von Schiffsbauhölzern werden 380,000 Thlr. gefordert. In der Commission ist über das bei Samuda in London für die preußische Marine im Bau befindliche Panzerschiff Auskunft verlangt worden. — Abg. v. **Rönne** knüpft daran an: keine Nation habe auf dem Gebiete, welches das Haus eben beschäftige, so viele Erfahrungen sammeln können, wie die Amerikaner, und diese hätten die hölzernen Seeschiffe als unzweckmäßig verworfen, und durch eiserne ersetzt. Darauf möchte er die besondere Aufmerksamkeit der Regierung lenken, und für die Küstenvertheidigung insbesondere die Form der „Monitors" empfehlen. Wenn in der letzten Zeit die Zeitungen von dem preußischerseits beabsichtigten Ankaufe zweier Widderschiffe in England geredet und behauptet hätten, dieser Ankauf sei durch England, aus Zärtlichkeit für Dänemark, inhibirt worden, so wünsche er von dem Herrn Kriegs- und Marineminister darüber Genaueres zu erfahren. — Minister v. **Roon**: Die erwähnten Zeitungsnachrichten seien nicht genau; vielmehr habe er die Hoffnung, diese oder ähnliche Schiffe zu erwerben, noch nicht aufgegeben. (Bravo rechts!) — Die Commission beantragt, die von der Regierung geforderten 30,000 Thlr. als erste Rate für ein Marine-Dienstgebäude zu Berlin abzusetzen. — Abg. **Harkort**: „Wir haben uns Jahre lang in schlechten Lokalitäten beholfen, und somit werden es Andere

auch wohl können". Der Antrag der Commission wird mit großer Majorität angenommen und damit ist dieser Etat erledigt.

Es folgt der Bericht der Budget-Commission über den Etat des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. — Berichterstatter Abgeordnete Rohden und Schmidt (Randow).

Der Antrag der Commission: „Die Besoldung von 500 Thlr. für ein drittes geistliches Mitglied des Oberkirchenraths und die Besoldung von 1200 Thlr. für einen zweiten expedirenden Secretair und Kalculator derselben Behörde abzusetzen" wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Der fernere Antrag der Commission: „Die Besoldung von 15,000 Thlr. für eine neue Schulrathsstelle in Coblenz abzusetzen," wird ebenfalls mit großer Majorität angenommn.

Der Antrag: „Den Staatszuschuß von 5400 Thlr. für die Ritter-Akademie in Brandenburg abzusetzen," wird, nachdem auch Graf Schwerin denselben befürwortet, mit allen gegen die Stimmen der Conservativen angenommen.

Bei dem Titel Gymnasien fragt der Abgeordnete Graf Czieskowski, was die Regierung in Folge des Beschlusses des Abgeordnetenhauses betr. Eröffnung des Gymnasiums zu Trzemeszno gethan habe. Der Cultusminister schweigt. Als der Graf Cziesko wski dieses Schweigen constatirt, erklärt der Cultusminister: Wenn der Abgeordnete durchaus eine Antwort haben will, so erkläre er, daß die Regierung bei ihren früheren Auffassungen stehen bleibe.

Abg v. Tokarski erinnert das Ministerium, daß dasselbe an den Bau des Gymnasiums zu Neustadt in Westpreußen gar nicht gedacht habe. Das Gymnasium (es ist im Jahre 1859 gegründet) habe großen Aufschwung genommen; es besitze aber kein Gebäude und die Kinder (auch die des Redners) werden in Viehställen untergebracht, wo ansteckende Augenkrankheiten ausgebrochen sind (oh! oh!); die Localitäten beständen aus einer früheren Ackerbürgerwohnung, aus Viehställen und aus einem früheren Armenlazareth Er könnte Vieles anführen, aber der Anstand verbiete es ihm. (Heiterkeit.) Er begreife nicht, wie man darüber lachen könne. Auch die Lehrer seien nur sehr kärglich besoldet. — Regierungs-Commissar: Die Anstalt habe schnelle Entwickelung erfahren. Die vorhandenen Räume reichten nicht aus und es sei der Neubau bereits vorbereitet. Die Regierung verdiene in diesem Falle eher ein Lob, als einen Tadel; denn sie habe sich dieser Sache mit besonderer Liebe angenommen. (Heiterkeit.) Daß der Etat keine Summe für den Bau nachweise, komme daher, weil die Regierung eine Summe aus einem Stiftungsfonds gespart habe, um mit dem Baue schneller vorzugehen. Die gerügten Uebelstände seien nicht der Art, wie der Redner sie geschildert habe. — Abg. v. Tokarski: Er wundere sich, daß der Regierungs-Commissar ihm den Vorwurf der Unwahrheit ins Gesicht schleudere, er bleibe bei der Behauptung, daß ansteckende Krankheiten entstanden seien und berufe sich auf das Gutachten des Kreisphysikus. Warum habe man das Geld für diesen Bau nicht, wenn man es doch für die Ritteracademie habe? (Bravo.) — Regierungs-Commissar: Seitens der Provinzialbehörde sei eine solche Anzeige nicht hierher gekommen.

Es folgt der Bericht der Petitions-Commission. Der Rector Marcus zu Gumbinnen beantragt: 1) Das Haus wolle dahin wirken, daß ihm das von dem Königlichen Ministerium entzogene Recht, neben seiner Stellung als Vorstand einer Privat-Töchterschule eine Redaction führen zu dürfen, welches ihm nach § 22 des Preßgesetzes ohne höhere Genehmigung, weil er weder unmittelbarer noch mittelbarer Beamter sei, zustehe, wieder zurückgegeben werde, ohne daß er die Entziehung der ihm verliehenen Concession als Schulvorstand zu befürchten habe, und 2) das Haus wolle dem Art. 109 rücksichtlich der Cabinets-Ordre vom 10. Mai 1834 die ihm endlich einmal gebührende Geltung verschaffen und die Aufhebung derselben bewirken." Die Commission beantragt: „Die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung des ersten Antrages zu überweisen, den zweiten Antrag desselben aber durch diese aus der bereits durch Art. 109 der Verfassung erfolgten Aufhebung der Cabinets-Ordre vom 10. Juni 1834 motivirten Ueberweisung für erledigt zu erachten."

Cultusminister v. Mühler: Der Commissions-Bericht habe die factische Sachlage vollkommen richtig dargestellt. Aber es sei nicht richtig, daß die Verfassung die Unterrichtsfreiheit im unbeschränkten Maaße gewährt habe; sie mache die Ausübung des Lehramts vielmehr von mehreren Bedingungen abhängig. Bei dem Petenten handle es sich nicht um eine Gesinnungsprüfung, sondern um die Prüfung ganz bestimmter Thatsachen. Der Petent sei als Redacteur zwei Mal wegen Beleidigung der Regierung und ihrer Organe durch die Presse gestraft worden, und diesen Thatsachen gegenüber glaube die Regierung es mit den bestehenden Gesetzen nicht in Einklang bringen zu können, wenn sie das Verhältniß des Petenten fortbestehen lasse.

Abg. Frentzel: Die Art. 22, 26 und 112 der Verfassungs-Urkunde seien so klar und bestimmt, daß wer nicht begreifen könne, daß dadurch die Cabinets-Ordre vom 10. Juni 1834 aufgehoben sei, nicht logisch denken könne oder wolle. Der Rector Marcus sei gewissermaßen Gewerbtreibender, Schulmann und Redacteur; er habe abgewogen, da hier oft Macht vor Recht gehe, welche Einnahme er aufopfern müsse; die Redaction trug ihm weniger ein; also gab er diese auf. Seine politische Ueberzeugung habe er nicht geändert. Der Minister könne die Aufsicht über die Marcus'sche Töchterschule getrost dem Gumbinner Publikum selbst überlassen; was dort zu den höheren Ständen gehöre, das seien ausschließlich Beamte. Die Beamten der Gumbinner Regierung seien schwerlich vom demokratischen Gifte inficirt. Der Regierungsrath v. Bonin habe kürzlich dort einen conservativen Verein stiften wollen; zehn Regierungsräthe, ein Rittergutsbesitzer, ein Landrathsbote, ein Gerichtsexecutor hätten sich auf seine Einladung eingefunden; als Herr v. Bonin von „Verfassungstreue" gesprochen, sei ein Rath wüthend aufgesprungen: er wolle keine Verfassung, und dieser Rath und Andere hätten sich entfernt, so daß die Versammlung dadurch gesprengt worden wäre (Heiterkeit). Solche Leute paßten schon auf, wem sie ihre Töchter anvertrauten. Weiter habe der Minister Marcus beschuldigt, er sei wiederholt wegen Beleidigung und Verleumdung der Gumbinner Regierung bestraft. Letzteres sei nicht wahr, das Erkenntniß des Insterburger Appellationsgerichts überreiche er dem Hause; nach demselben sei der Thatbestand als wahr und nur einige Ausdrücke als beleidigend angenommen. Würde die Staats-Anwaltschaft nur $^1/_{100}$ für die Ehre der Bürger wie für die Ministerien sorgen, so müßte das Ministerium wegen Verleumdung des Marcus angeklagt und verurtheilt werden. Er hoffe zwar nicht, daß der Beschluß des Hauses dem Markus helfen werde; aber die Genugthuung müßte ihm wenigstens werden, daß das Haus das, was ihm geschehen, durch sein Votum als eine politische Maßregelung stemple (Bravo).

Abg. Schulz (Borken): Seines Erachtens würde die Regierung besser gethan haben, dem Petenten einfach die Concession zu entziehen, statt, wie sie gethan, Milde walten zu lassen; da dem nun aber einmal so sei, so solle das Haus dieser Milde nicht entgegentreten.

Abg. Richter: Wenn man die Thatsachen betrachte, so ergebe sich, daß gegen Marcus als Schulhalter durchaus nichts vorliege, wie auch die Regierung dadurch anerkenne, daß sie ihm die Concession nicht genommen. Darin liege die Anerkennung, daß sittliche Tüchtigkeit möglich sei, auch wenn die politische Gesinnung nicht mit den Regierungsansichten sympathisire. Wenn der Regierungs-Commissar von dem Redacteur eines „hochdemokratischen" Blattes geredet habe, so gemahne ihn das Wort an das „hochgeboren" und Aehnliches, und er wolle glauben, daß damit nichts weiter gesagt sein solle, als: das Blatt werde auf eine noble, hochgeborne Weise redigirt (Heiterkeit). Uebrigens sei der dortige Regierungs-Präsident, welcher das Blatt zweimal verwarnt habe, der beste Censor, und dieser erkenne ausdrücklich in seiner ersten Verwarnung die „gemäßigte Haltung" desselben an; nur weil das Blatt einen Beschluß der Berliner Stadtverordneten und die Resolution einer Urwählerversammlung in Königsberg mitgetheilt — sei die erste Verwarnung erfolgt. Die zweite sei motivirt durch die Angabe, daß das Blatt sich „Aufreizung zu Haß und Verachtung" habe zu Schulden kommen lassen; er müsse hierbei unwillkürlich an einen gewissen Schulrath denken, der noch jüngst in diesem Hause gesessen, der in jenem Fache der Aufreizung ꝛc." das Höchste geleistet, das man sich denken könne, und den darum noch Niemand seiner Schulrathsstelle habe entsetzen mögen. (Sehr wahr! Bravo!) Wenn man so gerne auf das frühere Jahrhundert zurückblicke mit der Behauptung, es müsse hier oder da beim Alten bleiben, so möchte er das Cultusministerium bitten, doch nicht immer retrospectiv zu verfahren, sondern endlich einmal auch an die Zukunft zu denken. (Heiterkeit.) Die Regierung möge allerdings geneigt sein, den Redacteur eines Blattes als solchen für unfähig zum Schulhalten zu erklären, — stelle sie doch umgekehrt den Lehrer in allen politischen Fragen mit den abhängigsten Staatsbeamten auf gleiche Stufe: er müsse entweder mit dem Ministerium gehen oder sein Amt gefährden. Er dürfe hier nur an den alten Nizze in Stralsund, einen Veteranen der Freiheitskämpfe, erinnern, der nach der Ansicht der Regierung auch an seinem sittlichen Charakter verloren haben dürfte. (Sehr gut.) Gerade wer die Lehrer vor dem Verluste ihres sittlichen Charakters bewahren wolle, der müsse für den Antrag stimmen. Wenn der Vorredner Concessions-Entziehung gewünscht habe, so frage sich, wie weit dabei würde gegangen werden sollen; in den fünfziger Jahren z. B. habe sich dergleichen, den Dissidenten gegenüber, bis auf Bade-Anstalten erstreckt. (Sehr gut.) — Er meine aber, es habe im vorliegenden Fall die Regierung keinen Grund zur Concessionsentziehung gehabt, denn es habe sich nicht um einen Mangel an Sittlichkeit gehandelt, sondern um politische Mißliebigkeit. Allerdings schienen im Munde des Ministers sittlich und politisch Synonyma zu sein. Der allgemeine Grundsatz: „alle gesetzliche Bestimmungen bestehen fort, die nicht durch die Verfassung aufgehoben sind" müsse auch für Art. 112 der Verfassung gelten, selbst wenn man mit Herrn v. Gerlach der Verfassung nur den Character eines jeden gewöhnliches Gesetzes beilege. Der Commissionsantrag wird angenommen.

Ueber die bekannte Petition des Lehrer Wander, der sich zum zehnten Male an das Abgeordnetenhaus wendet, wird der Uebergang zur Tages-Ordnung beschlossen. Der Antrag, die Petition der Rittergutsbesitzer Timme und Faber, welche die Aufhebung des sogenannten Homagial-Eides in der Provinz Westpreußen in wiederholte Anregung bringen, zur Berücksichtigung zu überweisen, wird mit großer Majorität angenommen. Nächste Sitzung Montag. Militäretat.

Politische Uebersicht.

Die Anleihecommission des Hauses der Abgg. hat vorgestern Sitzung gehalten. Die Minister von Bismarck und von Bodelschwingh waren persönlich anwesend; der Kriegsminister war durch einen Commissar vertreten. Der Ministerpräsident hat sich mehrmals an der Discussion betheiligt. Was über seine Aeußerungen verlautet, klingt zum Theil unglaublich und erinnert an sein bekanntes erstes Auftreten im Spätsommer 1862. Politische Fragen seien keine Rechtsfragen, nur Machtfragen, — Preußen könne sich nicht majorisiren lassen, etwa durch eine Majorität, die ein paar Millionen repräsentire, — die deutschen Großmächte seien das Glashaus, welches den deutschen Bund vor europäischem Zugwind schütze, — die Frage des Londoner Vertrages sei eine Opportunitätsfrage, — und wiederum: das alles seien nur Erwägungen, um die Sache von allen Seiten zu beleuchten; ihre Entschließung müsse sich die Regierung vorbehalten, — — so wird von Ohrenzeugen die Substanz der vielfachen Erklärungen angegeben, zu denen der Ministerpräsident sich veranlaßt gesehen. Das practische Resultat nach dieser Seite hin ist gewesen: keine bindende Erklärung über die Politik der Regierung, aber Eröffnung der bedrohlichsten Aussichten. Ihren Gipfel haben dieselben erreicht in der Ankündigung: das Haus werde hoffentlich die geforderten Mittel bewilligen; sonst würde sich das Ministerium gezwungen sehen, die Mittel zu nehmen wo es sie finde. — Seitens der Ministerien der Finanzen und des Krieges sind auf Erfordern noch nähere Mittheilungen über die einzelnen Vertheidigungs-Maßregeln und die Berechnung der dazu geforderten Mittel in Aussicht gestellt; die Commission wird diese Mittheilungen in ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag entgegennehmen. — Uebrigens ist der Eindruck der gestrigen Ergießungen des Ministerpräsidenten ein solcher, daß die Majorität gegen die Bewilligung der geforderten Anleihe nur noch verstärkt ist und daß selbst die (neulich erwähnte) vermittelnde Ansicht, für die Bundesexecution einige Millionen auf vorhandene Fonds (etwa den Staatsschatz) anzuweisen, an Anhängern verloren hat.

Die feudale Correspondenz will wissen, in einer der letzten Ministerconferenzen in Berlin soll eine „ganz energische Haltung gegen die agitatorischen Bestrebungen der Kleinstaaten und der revolutionären Partei" beschlossen sein.

Es bestätigt sich immer mehr, daß die englischen Drohnoten wenig zu bedeuten haben Auch die „Times" findet jetzt schon, es sei England ganz gleichgiltig, wem Schleswig gehöre.

Der „Zeitung f. Nordd." wird von Berlin geschrieben, daß die Vorbereitungen zur Bildung eines schleswig-holsteinischen Heeres ihren Fortgang nehmen. Es würden bereits in den nächsten Tagen Conventionen veröffentlicht werden, welche mit Coburg-Gotha und zwei andern deutschen Staaten (Baden und Waldeck?) wegen Bildung des schleswig-holsteinischen Comingents geschlossen worden seien.

Nach der „Elbf. Ztg." ist der preußische Bundestagsgesandte dahin instruirt, gegen Beschleunigung der Abstimmung über die Erbfolgefrage zu wirken.

Die Bemerkungen der halboffiziellen Wiener Blätter über die neueste englische Note lassen, bemerkt die Nat.-Z., fast annehmen, daß diese Londoner Kundgebungen förmlich von Oesterreich abgekartet werden, um den Bundestag ängstlich zu machen. Auch nach der „Kreuzztg." handelt es sich jetzt mehr um einen Feldzug gegen die deutschen Bundesgenossen, als gegen die Dänen.

Der Präsidial-Antrag am Bunde, den Herzog von Augustenburg aufzufordern, Holstein zu verlassen, ist zwar mit neun gegen sieben Stimmen abgelehnt, darauf aber auf den Vorschlag des Präsidiums doch an den holsteinischen Ausschuß überwiesen worden. Es wird also eine geschäftsmäßige Erwägung dieses Antrages noch eintreten.

Nach Berliner Blättern hat Schweden, wie man annimmt, als Antwort auf eine von London aus erfolgte vertrauliche Anregung, dem englischen Cabinet eröffnen lassen, daß es geneigt und bereit sei, in Bezug auf eine gemeinsame an Dänemark zu gewährende Cooperation in formelle Verhandlung zu treten.

Was die von England dringlich vorgeschlagene Conferenz für Schleswig-Holstein anbetrifft, so hat, wie man der „K. Z." aus Paris schreibt, Herr Drouyn de Lhuys im Namen des Kaisers seine definitive Weigerung kundgegeben, an einem solchen Congreß-Surrogate eben so wohl für die deutsch-dänische Angelegenheit als für die rumänische Frage, für die ein ähnlicher Vorschlag in petto war, Theil zu nehmen.

Aus Kopenhagen schreibt man der „Weserztg.": Der König hat noch am Abende des 31. Decembers die Stadt verlassen und sich zur Armee begeben. In Hofkreisen mißt man dieser Reise eine tiefere Bedeutung bei. Man meint nämlich, daß der König die Absicht hege, sich jeder Pression seitens der Kopenhagener Agitatoren zu entziehen. Man sagt deßhalb auch, daß der König keineswegs, wie es im Publikum heißt, in acht Tagen wiederzukehren gedenke, sondern daß das „Wann" gänzlich von den Verhältnissen abhängen wird. Monrad soll nämlich die Absicht haben, wenn der Bund den preußisch-österreichischen Antrag acceptirt, wirklich eine Suspension der Verfassung für Schleswig herbeizuführen. Sollte dieser Schritt in Kopenhagen übel aufgenommen werden, so würde etwaigen Unruhen durch die Abwesenheit des Königs die Spitze abgebrochen sein. Auch hofft man, daß sich zwischen dem Könige und der Armee, deren höhere Officiere fast ohne Ausnahme anti-eiderdänisch sind, ein Verhältniß herstellen werde, was eine etwa erforderliche Zähmung Kopenhagens erleichtern könnte. Ist erst der Friede gesichert — (d. h. die für Deutschland überaus kostbare Zeit zur Besetzung Schleswigs und der Ostküste Jütlands verloren!!) — so hofft man, daß sich Dänemark einem neuen europäischen Arrangement ohne Schaden fügen könne, selbst wenn es Holstein opfern müßte.

Schleswig-Holstein.

Altona, 3. Januar. Unter der dänischen Armee in Schleswig sollen Meutereien, veranlaßt durch jütländische Reservemänner, ausgebrochen sein. Ein Kriegsrath hat das Standrecht gegen holsteinische Deserteure nicht zu proclamiren gewagt. Die Aussichten für den Kriegsfall sind sehr günstig; die Gewässer und überschwemmten Moore im Westen, welche die dänischen Werke decken sollen, sind festgefroren.

— Das Kronenwerk von Rendsburg ist von den Dänen noch immer nicht geräumt. Vielmehr verpallisadiren dieselben die Schleusenbrücke, welcher gegenüber ein sächsisches Jägerbataillon postirt ist.

— Der „Weserz." wird aus dem „Hbg. Correspondenten" telegraphirt: Für die dänischerseits einberufenen Holsteiner haben die Bundescommissäre Gegenbefehle ertheilt.

Frankreich.

— Gegenüber der Nachricht, daß England und Frankreich gemeinschaftlich eine Note wegen Schleswig-Holsteins an den deutschen Bundestag gerichtet hätten, erklärt das „Mémorial diplomatique", ein derartiger Schritt sei bei dem Verfahren, welches das Tuilerien-Cabinet sich vorgezeichnet, augenblicklich unmöglich; Frankreich, dessen Interesse in keiner Weise weder direct noch indirect durch jene Herzogthümer-Frage berührt werde, sei entschlossen, eine rein abwartende Haltung zu bewahren und denjenigen Regierungen, welche das Feuer entzündet, auch dessen Löschung zu überlassen; es behalte sich das freie Handeln für den Fall vor, wo die Ereignisse an der Eider den Frieden der Welt zu gefährden drohen sollten.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 3 Uhr Nachmittags.

Berlin, 6 Januar. Dem Untersuchungsausschuß haben die Minister v. Itzenplitz und Graf Eulenburg die erbetenen amtlichen Mittheilungen über die Wahlerlasse verweigert.

Im Budgetausschuß beantragte der Referent v. Forckenbeck, den Etat pro 1863 einfach zu verwerfen, falls die Regierung noch auf der Berathung bestehe. Der Regierungscommissar bittet um eine einstündige Pause zur Einholung der Meinung des Ministers. Den Etat für 1862 erklärt v. Forckenbeck ohne vorgängiges besonderes Gesetz über Verfassungsänderung für diesen einzelnen Fall für unberathbar.

Der Justizausschuß hat die Befürwortung der Freilassung Sulerzickis beschlossen, dagegen nicht die der beiden andern Angeklagten v. Niegolewski und Szumann.

Danzig, den 6. Januar.

* [Aus dem Jahresberichte des stellv. Vorstehers der Stadtverordneten Herrn Bischoff, in der Schlußsitzung der Periode 1863, am 5. Januar.]

Die Stadtverordneten-Versammlung hat im verflossenen Jahre 32 ordentliche, 1 außerordentliche öffentliche und 24 geheime Sitzungen abgehalten und in diesen 922 Beschlüsse gefaßt. Von den beständigen Deputationen hielten 263 Sitzungen, die zu besonderen Berathungen ernannten Commissionen 116 Sitzungen.

„Die wichtigste und bedeutendste Veränderung im Personal des Magistrats war die vor einem Jahre am heutigen Tage erfolgte Einführung und Vereidigung des jetzigen Ober-Bürgermeisters Herrn v. Winter. Die Versammlung hat schon Gelegenheit gehabt, im Laufe des vergangenen Jahres das lebhafte Interesse und das rege Streben und Wirken wahrzunehmen, welches der Herr Ober-Bürgermeister für das gedeihliche Entwickeln der Commune an den Tag legt. Leider hat eine schwere Krankheit gerade gegen Schluß des Jahres seine Thätigkeit unterbrochen und wünschen wir gewiß Alle eine baldige gänzliche Wiederherstellung desselben. Nicht lange darauf, am 10. Februar, erfolgte die Einführung des jetzigen Bürgermeisters Herrn Dr. Linz durch den Herrn Ober-Bürgermeister, wodurch letzterem eine ihm bekannte rüstige und bewährte Kraft zur Seite gestellt wurde, deren Thätigkeit sich auch schon vielfache Anerkennung bei uns erworben hat." Der Magistrat verlor ferner das älteste Mitglied seines Collegiums, den Stadtrath Herrn Dodenhoff, der zuerst 7 Jahre als Stadtverordneter und 32 Jahre ununterbrochen

als Mitglied des Magistrats fungirte. An die Stelle des verstorbenen Brandinspectors Müller trat der jetzige Brand-Director Herr Schumann, zu dessen Vertretung in Behinderungsfällen demnächst ein Brandmeister ernannt werden wird.

Die Uebernahme der Dünen machte die Anstellung eines Hegemeisters nöthig, zu welcher Stelle Herr Wiegand ernannt wurde; außerdem wurden noch 3 Dünenschutzbeamte angestellt. Als Bibliothekar wurde der Prediger Herr Bertling angestellt. Außerdem wurden noch pensionirt der Oberlehrer Dr. Hintz und der Real-Einsammler Jantzen.

Die Versammlung selbst verlor durch den Tod die verdienten langjährigen Mitglieder Herren Schaefer und Klawitter, durch freiwilliges Ausscheiden die Herren H. Behrend und Collas, so daß sie augenblicklich 56 zählt.

In Betreff der allgemeinen Verwaltung knüpft das Resumé an dem vom Magistrat am 15. December p. abgestatteten Rechenschaftsbericht an. Wir entnehmen demselben Folgendes: Das seit Jahren erbetene Deichstatut harrt noch immer der Bestätigung durch das Ministerium. — Die successive Legung von Trottoirs wird nach dem nunmehr angenommenen Statut in den nächsten Jahren rascheren Fortgang nehmen, da die Annehmlichkeit immer mehr anerkannt wird. — Die Erweiterung der Mottlau, wozu 19,700 Thlr. bewilligt wurden, ist in der Ausführung fast beendet; dem Verkehr ist dadurch eine große Erleichterung zu Theil geworden; die auf dem alten Bleihofe einzurichtenden Lagerplätze werden voraussichtlich fast die Zinsen der ganzen Bausumme decken. — Durch die Aufhebung der Speicherinsel-Sperre und die erweiterte Beleuchtung daselbst ist ein längst gefühltes Bedürfniß befriedigt worden. — Der Umbau des Ankerschmiedethurms zum Polizeigefängniß bringt den großen Vortheil, die bisher dazu benutzten Räume des Rathhauses in geeigneterer Weise benutzen zu können. — Die Baupolizeiordnung, die nochmals revidirt und mit mehrfachen wesentlichen Veränderungen versehen wurde, liegt jetzt zur Bestätigung dem Ministerium vor. — Das Scheffelgeld kann zwar mit jährlich geringeren Sätzen noch 2 Jahre lang forterhoben werden, doch sind die Einnahmen daraus bedeutend im Abnehmen und werden in nächster Zeit fast ganz aufhören, da nur noch weniges Getreide vermessen wird. 1861 betrugen diese Einnahmen 20,000 Thlr., 1862 17,310 Thlr., 1863 nur 5985 Thlr. —

Der Haupt-Etat pro 1863 war in Einnahme und Ausgabe auf 491,200 Thlr. festgesetzt; die wirkliche Einnahme bis zum 1. Januar c. 505,017 Thlr. 9 Pf., Kassenbestand ult. 1862 48,013 Thlr., Einnahmen aus früheren Jahren 5270 Thlr. 3 Sgr. 2 Pf., in Summa 558,300 Thlr. 3 Sgr 11 Pf. Ausgegeben dagegen sind bis 1. Jan. 1864: 518,745 Thlr. 29 Sgr. 4 Pf., bleibt also baarer Bestand 39,554 Thlr. 6 Sgr. 11 Pf., wozu noch die aus dem Reservefonds wiederzuerstattenden 12,726 Thlr. für den Ankauf der Brodnitzer und Chmelnoer Mühlen und des Thiel'schen Grundstücks zu rechnen sind, so daß wir mit der Summe von 52,280 Thlr. in das neue Rechnungsjahr treten. — Ueber den Etat sind im vorigen Jahre bewilligt worden 29,829 Thlr. 12 Sgr. 2 Pf., ad extraordinaria 70,195 Thlr. 2 Sgr. 2 Pf. — An Brennmaterialiensteuer kamen ein 2819 Thlr. 12 Sgr. 8 Pf. (zurückerstattet wurden 256 Thlr.); an Stromgeldern 24,800 Thlr. (zurückerstattet wurden 291 Thlr.). Der Reallasten-Ablösungsfonds ist jetzt im Ganzen auf 545,345 Thlr. angewachsen.

Im städtischen Territorio sind im verflossenen Jahre wesentliche Aenderungen eingetreten. Auf Verlangen der Regierung hat die Commune das circa 12,000 Morgen betragende Dünenterrain von Weichselmünde bis Polek übernommen; davon ist nur ein Theil bereits aufgeforstet; der Commune erwachsen bedeutende Kosten, um die ganze Fläche in Kultur zu bringen und sobald als möglich Nutzen daraus zu ziehen. Ferner hat die Commune Contract mit dem Fiscus wegen Uebernahme des Franziskanerklosters geschlossen und das betr. Gebäude in Besitz genommen. Es wird nächstens die Frage zu beantworten sein, in welcher Weise das Grundstück nutzbar gemacht werden kann. — Weiter sind die Chmelnoer, Brodnitzer und Eischkauer Mühlen für 42,000 Thlr. in den Besitz der Stadt gelangt, Behufs einer neu anzulegenden Wasserleitung nach der Stadt. — Das Thiel'sche Grundstück in Altschottland ist zur Anlage eines Viehmarktes für den Preis von 6000 Thlr. acquirirt worden und zu entsprechenden baulichen Einrichtungen daselbst sind 4500 Thlr. angewiesen. — Der ausführliche Bericht der für die Reorganisation des Volksschulwesens niedergesetzten Commission wird binnen Kurzem vorgelegt werden können; als erster Schritt zur Verbesserung ist die Bewilligung von 16,250 Thlr. zur Erbauung eines neuen Schulhauses auf dem alten Bauhofe anzusehen, worin zwei 4klassige Volksschulen eingerichtet werden sollen. Die voraussichtlich in dieser Beziehung noch zu bringenden großen Opfer werden willig gebracht werden.

Nach 7jähriger Arbeit ist endlich auch der Normaletat für das Gymnasium zu Stande gekommen. — Für den Ausbau resp. Erweiterung der Schule zu Schidlitz sind 3600 Thlr. bewilligt. — Für die weibliche Jugend ist der Turnunterricht eingeführt und zum Turnunterricht für Knaben ist ein Zuschuß gewährt worden. — Das Schulgeld für die drei höheren Schulen ist auf einen gleichmäßigen, freilich etwas höheren Satz normirt worden.

Die Gasanstalt, im verflossenen Jahre wieder erweitert, liefert sehr erfreuliche Resultate; in wenigen Jahren wird dieselbe im Stande sein, nicht unbedeutende Ueberschüsse an die Kämmereikasse abzuführen und dadurch anderweitige Ausfälle, wie z. B. beim Scheffelgeld und bei den Stromgefällen, zu decken. Das ursprüngliche Anlagecapital von 228,000 Thlr. ist bis auf 174,100 Thlr. amortisirt und das Vermögen der Anstalt beträgt exclusive aller Gebäude und Röhren und nach Abzug der noch an die Sparkasse schuldigen 14,000 Thlr. augenblicklich 36,480 Thlr. Der diesjährige Ueberschuß stellt sich auf 30,200 Thlr., wovon 24,000 Thlr. für Neubauten und Anschaffungen verausgabt sind und 6000 Thlr. dem Capitalfonds zu Gute kommen.

Der Geschäftsumsatz des Leihamts hat im vergangenen Jahre sich nicht wesentlich verändert; der Bestand an Pfändern war 19,980 mit 60,300 Thlrn. beliehen; das eigene Capital ist auf 38,600 Thlr. angewachsen; an die Kämmerei-Kasse schuldet das Leihamt noch 18,200 Thlr.

Der Bauetat war pro 1863 auf 100,793 Thlr. festgesetzt, nachbewilligt wurden im Laufe des Jahres 31,850 Thlr.; davon sind 23,184 Thlr. noch nicht zur Ausgabe gekommen, von dieser letztern Summe sind ca. 19,000 Thlr. in den diesjährigen Bauetat aufgenommen, wodurch dieser auf die hohe Summe von 133,800 Thlrn. anwuchs.

Das Armenwesen erforderte incl. der dazu gehörigen Anstalten in 1863 die Summe von 72,648 Thlrn. Es wird hierbei daran erinnert, die schon in früheren Jahresberichten mehrfach angeregte Idee der Errichtung eines Arbeitshauses und eines damit zu verbindenden Siechenhauses nicht aus dem Auge zu verlieren.

Die endgiltige Entscheidung des Ministeriums über die Lazarethangelegenheit ist noch nicht erfolgt.

Der Bestand der beiden Reservefonds (I. wovon die Zinsen zur Kämmereikasse fließen und welcher aus Veräußerung solcher Grundstücke gebildet wird, welche einen Ertrag gewähren; II. aus der Einnahme für alle Gegenstände gebildet, die der Commune keine Zinsen gewähren) ist augenblicklich 49,678 Thlr., wozu in den nächsten Jahren noch die von der Kämmereikasse restirenden 20,000 Thlr. kommen.

Der Grebiner Waldfonds ist gegenwärtig 71,790 Thlr.; der Explosionsfonds 28,885 Thlr.; der Lehns-Amortisations-Fonds 32,000 Thlr.

Hat die Versammlung während des verflossenen Jahres mit Umsicht und Treue das spezielle Wohl ihrer Mitbürger gefördert und in jeder Beziehung nach Kräften wahrgenommen, so hat sie darüber doch auch nicht unterlassen das Allgemeine zu fördern und zu schützen und hat zur Unterstützung des letztern vielfach und bereitwillig die Hand geboten; so bei dem Provinzial-Turnfeste, der Provinzial-Lehrerversammlung, be der Aufnahme der deutschen Land- und Forstwirthe, dem Veteranenfest und der Jubelfeier in Leipzig durch entsprechende Geldbewilligungen.

„Schließlich lassen Sie mich noch eines Besuches gedenken, mit dem die Stadt im Sommer vorigen Jahres beehrt wurde. Der Kronprinz und die Kronprinzessin verweilten im Juni vorigen Jahres mehrere Tage bei uns. Ihre Ankunft fiel in die Zeit, wo durch den Erlaß der jetzt glücklich wieder beseitigten Preßverordnung der Zwiespalt zwischen Regierung und Volk verschärft und die Mißstimmung auch in unserer Stadt gesteigert worden war. Die Communalbehörden konnten es deshalb nicht für angemessen erachten, die Anwesenheit der hohen Gäste durch Festlichkeiten zu feiern. Der Grund dieses Verhaltens wurde aber von unserm Kronprinzen nicht verkannt. Durch die Versicherung, die er den zu seinem Empfang auf dem Rathhause versammelten Communalbehörden gab, daß er keinen Theil an den Berathungen gehabt habe, die zu der Preßverordnung geführt haben, stärkte er unsere Hoffnungen auf eine glückliche Wendung unserer politischen Verhältnisse. Daß diese bald eintreten möge, mit diesem Wunsche lassen Sie mich schließen!"

---

* Das im vorigen Monat äußerer Umstände halber verschobene Vocal- und Instrumental-Concert des Sängerbundes in Verbindung mit dem Instrumental-Musikverein wird nunmehr nächsten Sonnabend, 9. Januar, Abends 7 Uhr, im Saale des Schützenhauses stattfinden. Die Direction beider Vereine befindet sich in den Händen des bewährten Musiklehrers Herrn Mäcklenburg, und bietet somit volle Garantie für einen befriedigenden Erfolg. Das Programm selbst enthält so viel des Schönen, daß dem musikalischen Publikum eine Durchsicht desselben genügen wird, um es zum Besuche des Concerts zu veranlassen.

— Der „Graud. Ges." enthält folgende „amtliche Entgegnung" des Landraths v. Young:

„Der „Graudenzer Gesellige" bringt in seiner Nr. 152 einen Artikel, der den Bericht wiedergiebt, welchen ich in Folge der Interpellation des Herrn v. Hennig-Plonchott im Abgeordnetenhause an den Herrn Minister des Innern erstattet und durch das diesseitige Kreisblatt veröffentlicht habe, um die verständigen Kreis-Insassen über die Situation und die handelnden Personen aufzuklären. Nur eine Stelle jenes Berichtes, die der Redaction „denn doch über allen Spaß geht," ist fortgelassen worden. Sie lautet: „„Auch ich könnte pikante Enthüllungen geben, könnte erzählen, wie zuweilen eine Klafter Torf den souverainen Willen eines fortschrittlichen Wahlmannes läutert und wie einige Tausend Thaler, wenn sie gerade fehlen, zunächst in der Kreis-Communal-Kasse zu finden sind. Ich könnte in anderer Richtung eine weitere Blumenlese auftischen. Indeß behalte ich gern etwas für mich zurück."" Ich habe in meinem Berichte nicht scherzen, sondern eine ernste Sache ernst behandeln wollen. In demselben Blatte ist Herr Mathoes-Guttowo — in der Publicistik allerdings ein Neuling, dem Orthographie und Grammatik nicht immer zur Seite stehen — gegen mich aufgetreten. Welch ein ebenbürtiger Gegner! Herr v. Hennig und Er boten sich vor einiger Zeit in der hiesigen Ressource, einer zahlreichen Gesellschaft gegenüber Ohrfeigen an, nachdem dieser fortschrittlichen Beweistheorie ein sehr unerquickliches Aufgebot vorangegangen. Si tacuisses, philosophus mansisses! Herr Mathoes erklärt in seiner langweilig matten Deduction den Begriff eines braven Mannes durch Anführung der Verse: „Wer niemals einen Rausch gehabt, der ist kein braver Mann." Ob es Herrn von Hennig wohl Gewinn bringt, wenn solche „**Braven**" für ihn eintreten? Wenn Herr Mathoes mir schließlich zuruft: „„Sie haben All dieses der Oeffentlichkeit übergeben und damit ein Gebiet betreten, das uns gehört, der Fortschrittspartei. Sie sind darauf nicht zu Hause und lassen die nöthige Geschicklichkeit vermissen."" so überlasse ich das Urtheil darüber, wer von uns Beiden auf dem Felde der Publicistik weniger fremd, getrost dem Leser. Für die Fortschrittspartei und ihre Auffassungsweise aber ist dieser Zuruf bezeichnend, zumal aus dem Munde eines Mannes, der noch überall, beispielsweise auch auf dem gestrigen Kreistage, vollständig Fiasko gemacht hat, wenn er auch, seiner Deduction entsprechend, der Bravste der Braven genannt zu werden verdiente. In jenem Zurufe zeigt sich aufs Neue der eigenthümliche Liberalismus der Fortschrittspartei. Prüfe Jeder, der einen Kampf **sucht**, ob er dem Gegner gewachsen! Die Reue käme sonst vielleicht zu spät. Ich bin — nach Oben und Unten hin — schon mit andern Leuten fertig geworden und mit der Situation, welcher ich jetzt gegenüber stehe, vollständig vertraut. Strasburg, 31. December 1863. Der Landrath v. Young."

* Eine Extranummer des „Strasburger Kreisblattes" vom 4. Jan. enthält die Bekanntmachung des im Auftrage der Kgl. Regierung zu Marienwerder handelnden Regierungsraths Braun, daß dem Kgl. Regierungs-Assessor Haarland die einstweilige Verwaltung des hiesigen Landrathsamts übertragen worden ist (wie bereits telegr. gemeldet). Ferner macht Herr Braun amtlich bekannt, daß nicht dem Regierungs-Supernumerar Hellwich, sondern dem Regierungs-Supernumerar Witzig die Verwaltung der die Sicherheitspolizei betreffenden Angelegenheiten, also Alles, was Päffe, Verbrechen, Vergehen, Contraventionen, polnische Flüchtlinge und Fremdencontrole betrifft, übertragen wird. Für jetzt wird das Domänenrentamt Lautenburg noch nicht hergestellt, und alle übrigen vorstehend nicht genannten Geschäfte verbleiben bis jetzt beim Domänenrentamt Strasburg, welches auch die monatlichen Amtstage in Lautenburg nach wie vor abhält.

Marienburg, 5. Januar. (N. E. A.) In der gestrigen Wahlmänner-Versammlung wurde Rentier Lietz als Candidat für unseren Kreis zur Abgeordneten-Wahl aufgestellt.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 6. Januar 1864. Aufgegeben 1 Uhr 59 Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr — Min.

		Letzt. Crs.			Letzt. Crs.
Roggen flau,			Preuß. Rentenbr.	97	96
loco	36½	36½	3½ % Westpr. Pfdbr.	84	83½
Januar/Februar	35½	35¾	4 % do. do.	—	93
Frühjahr	36⅛	36⅜	Danziger Privatbk.	96½	—
Spiritus Jan. . .	14⅓	14⅓	Ostpr. Pfandbriefe	84	—
Rüböl do. . .	$11\frac{7}{24}$	$11\frac{5}{12}$	Oestr. Credit-Actien	74¼	73¼
Staatsschuldscheine	87½	87½	Nationale	66¼	65¼
4½ % 56er. Anleihe	100	99¾	Russ. Banknoten . .	86	85¾
5 % 59er. Pr.-Anl.	104⅛	104¼	Wechselc. London	—	6. 18

Fondsbörse fest.

Hamburg, 5. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco kleines Detailgeschäft zu unveränderten Preisen. — Weizen Frühjahr ab dänische Inseln 2 Thlr. höher gehalten, letzte billigste Offerten geboten. — Oel höher, Mai 25, October 24⅞. — Kaffee eher höher, besonders Maracaibo. — Zink verkauft Jan.-Febr.-Lieferung 2000 Ctr. zu 12⅜.

London, 5. Januar. Silber 61⅛. Türkische Consols 47⅜. — Wetter kalt und schön. — Consols 91. 1% Spanier 46¾. Mexikaner 36⅞. 5 % Russen 92. Neue Russen 85. Sardinier 85 — Hamburg 3 Monat 13 Mk 7½ ß. Wien 12 fl. 45 Xr.

Liverpool, 5. Januar. Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz. Preise matt und unverändert.

Paris, 5. Januar. 3 % Rente 66, 65. Italienische 5% Rente 71, 60. Italienische neueste Anleihe —. 3 % Spanier —. 1 % Spanier 47½. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 400, 00 Credit mob.-Actien 1037, 50. Lombr. Eisenbahn-Actien 517, 50.

Danzig, den 6. Januar. Bahnpreise.

Weizen gut hellbunt, fein und hochbunt 127—128/29—130/1—132/4 ℔ nach Qualität 60/61—62/63½/64—65/67½—68/70/72 Sgr.; dunkelbunt 125—130/2℔ nach Qualität 57½—60/62 Sgr., Alles pr. 85℔ Zollgewicht.

Roggen frisch 120/2—128/9℔ von 37/37½—38½/39 Sgr. pr. 125℔.

Erbsen von 38/40—41/42 Sgr.

Gerste frische kleine 106/108—110/112℔ von 30/31—32/33 Sgr., große 110/112—114/118℔ von 31/32—33/35/36 Sgr.

Hafer von 20—22/23 Sgr.

Spiritus 12¾ Rt. bezahlt.

Getreide-Börse. Wetter: milde Luft. Wind: W. Der heutige Markt war für Weizen eher etwas matter, Käufer zeigten sich sparsam und Verkäufer mehr entgegenkommend, indem sie es auf paar Gulden pr. Last im Preise nicht ansahen. Umgesetzt sind 115 Last. Bezahlt für 130℔ blauspitzig fl. 330; 126/7℔ bunt fl. 370, fl. 375; 127, 127/8℔ besserer fl. 385; 127℔ alt bunt fl. 390; 129℔ hellfarbig fl. 390; 130℔ desgl. fl. 392½; 132℔ bunt fl. 405; 131/2℔ hochbunt fl. 420. Alles pr. 85℔. — Roggen fest, 119℔ fl. 220½; 125℔ fl. 228; 127/8, 128℔ fl. 231, pr. 125℔. — Wicken fl. 210. — Spiritus 12¾ Rt.

Elbing, 5. Januar. (N. E. A.) Bezahlt und anzunehmen ist: Weizen hochbunt 125—132℔ 56/57—65/66½ Sgr., bunt 125—130℔ 54/55—60/61 Sgr., roth 123—130℔ 50/51—59/60 Sgr., abfallender 115—122℔ 38/39—47/49 Sgr. — Roggen 120—126℔ 33—36½ Sgr. — Gerste große, 108—119℔ 29—35 Sgr., kleine 106—110℔ 29—31 Sgr. — Hafer 62—80℔ 17—22 Sgr. — Erbsen, weiße Koch- 38—40 Sgr., grüne kleine 35 Sgr. — Wicken 37 Sgr. — Spiritus bei Partie 12¾ Rt. pr. 8000 pCt. Tr.

Königsberg, 5. Jan. (K. H. Z.) Weizen hochbunter 123, 128℔ 56—64 Sgr., bunter 125—127℔ 56½—60 Sgr., rother 130℔ 61 Sgr. bez. — Roggen höher, loco 117—122—126℔ 34—36—37½ Sgr. bez., Termine behauptet, 80℔ pr. Frühjahr 39 Sgr. Br., 38 Sgr. Gd., 120℔ pr. Mai-Juni 38½ Sgr. Br., 37½ Sgr. Gd. — Gerste flau, große 100—112℔ 27—33 Sgr., kleine 98—110℔ 26—32 Sgr. Br. — Hafer unverändert flau, loco 70—90℔ 18—26 Sgr. Br., 50℔ pr. Frühj. 23 Sgr. Br., 21½ Sgr. Gd. — Erbsen stille, weiße Koch- 41 Sgr., graue 35½ Sgr., grüne 36 Sgr. bez. — Bohnen 40—46 Sgr. Br. — Wicken 30—31 Sgr. Br. — Leinsaat geschäftslos, feine 108—112℔ 70—85 Sgr., mittel 104—112℔ 50—70 Sgr. Br. — Timotheum 4—6½ Rt. pr. Ctr. Br. — Leinöl 13⅜ Rt. — Rüböl 11⅔ Rt. pr. Ctr. Br. — Leinkuchen 58—60 Sgr. pr. Ctr. — Rübkuchen 56 Sgr. pr. Ctr. Br. — Spiritus. Loco Verkäufer 13⅓ Rt., Käufer 13 Rt. ohne Faß; loco Verkäufer 14½ Rt., Käufer 14⅙ Rt. incl. Faß; pr. Jan. Verkäufer 13⅓ Rt., Käufer 13 Rt. ohne Faß; pr. Frühj. Verkäufer 15⅔ Rt., Käufer 15⅙ Rt. incl. Faß; pr. 8000 pCt. Tralles.

Berlin, 5. Januar. Wind: Ost. Barometer: 28''. Thermometer: früh 13° —. Witterung: winterlich schön. — Weizen pr. 2100 Pfund loco 50—58 Rt. nach Qualität, fein. weiß. bunt. poln. 56½ Rt. ab Bahn bez., do. rollend 56 Rt. do. — Roggen pr. 2000 Pfund loco neuer 36½ Rt. ab Bahn bez., exquisit neuer 3[illegible]⅞ Rt. do., Jan. 35¾—36—35¾ Rt. bez. u. Gd., 36⅞ Rt. Br., Jan.-Febr. 35⅝—35⅞—35¾ Rt. bez., Br. u. Gd, Frühj. 36½—36⅝—36½ Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 37—37¼ Rt. bez., Juni-Juli 38½ Rt. bez. — Gerste pr. 1750 Pfund große 30—34 Rt., kleine do. — Hafer pr. 1200 Pfund loco 21½—23 Rt. nach Qualität, fein. märkischen 22⅔ Rt. ab Bahn bez., Jan. 22 Rt. nominell, Jan.-Febr. do., Frühj. 23¼ Rt. Br., Mai-Juni 23½ Rt. Br., Juni-Juli 24 Rt. Br., Juli-August 24¼ Rt. Br., Aug.-Septbr. 24½ Rt. Br. — Erbsen pr. 2250 Pfund Kochwaare 37—48 Rt. — Winterraps 83—85 Rt. — Winterrübsen 82—83 Rt. — Rüböl pr. 100 Pfund ohne Faß loco flüssiges 11½ Rt., gefrorenes $11\frac{5}{12}$ Rt. bez., Jan. $11\frac{5}{12}$—11⅜ Rt. bez., Br. u. Gd., Jan.-Febr. 11⅜ Rt. bez. u. Gd., $11\frac{5}{12}$ Rt. Br., Febr.-März $11\frac{5}{12}$—11⅜ Rt. bez. u. Gd., $11\frac{5}{12}$ Rt. Br., April-Mai $11\frac{11}{24}$—11⅜ Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 11½—$11\frac{5}{12}$ Rt. bez. u. Gd., $11\frac{11}{24}$ Rt. Br., Septbr.-Oct. $11\frac{7}{12}$ Rt. bez. u. Gd., 11⅝ Rt. Br. — Leinöl pr. 100 Pfund ohne Faß loco 13⅔ Rt. Br. — Spiritus pr. 8000 % loco ohne Faß 14⅓ Rt. bez., im Laufe dieser Woche zu liefern $14\frac{11}{24}$ Rt. bez., Jan. $14\frac{5}{12}$—14½ Rt. bez. u. Br., $14\frac{5}{12}$ Rt. Gd., Jan.-Febr. do., Febr.-März $14\frac{7}{12}$—14⅝ Rt. bez. u. Gd., 14⅔ Rt. Br., April-Mai $14\frac{11}{12}$—$15\frac{1}{24}$—$14\frac{23}{24}$ Rt. bez. u. Gd., 15 Rt. Br., Mai-Juni 15⅛—$15\frac{7}{24}$ Rt. bez. u. Gd., 15⅓ Rt. Br., Juni-Juli $15\frac{7}{12}$—15⅝ Rt. bez. u. Br., $15\frac{7}{12}$ Rt. Gd., Juli-Aug. 15⅞ Rt. bez. u. Gd., $15\frac{11}{12}$ Rt. Br., Aug.-Septbr. 16¼ Rt. Br., 16⅙ Rt. Gd.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, den 5. Januar 1864.

Angekommen: E. Wockenfoth, Elise, Copenhagen, Ballast. — W. Kramer, Adolph; J. Rosenberg, Joachim; beide von Pillau mit Getreide nach Norwegen bestimmt.

Retour eingekommen: C. Kirkmann, Sophia; W. Geddes, Charter; F. Olsen, Mobilia.

Gesegelt: H. Krause für Michaelsen, Emma, Barrow, Holz.

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Decbr.	Stund.	Baromt.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
5	3¾	342,58	— 0,4	NNW. frisch, bezogen.
6	9	341,54	— 0,5	NW. schwach, do.
	12	341,70	— 0,2	NNW. do. do.

Berliner Fondsbörse vom 5. Januar.

Eisenbahn-Actien.

Dividende pro 1862		Zf.	
Aachen-Düsseldorf	—	3½	92 bz
Aachen-Mastricht	—	4	28½—27½ bz
Amsterdam-Rotterd.	6	4	101 G
Bergisch-Märk. A.	6½	4	101½ bz
Berlin-Anhalt	8½	4	147 B
Berlin-Hamburg	6½	4	118½ B
Berlin-Potsd.-Mgdb.	14	4	175 bz
Berlin-Stettin	7⁵⁄₁₂	4	126 B
Böhm. Westbahn	—	5	64 B
Bresl.-Schw.-Freib.	8	4	123½ bz
Brieg-Neiße	4⅓	4	60 G
Cöln-Minden	12⅝	3½	166½ bz
Cosel-Oderb. (Wilhb.)	½	4	49 bz
do. Stamm-Pr	4⅓	4½	— —
do. do.	5	5	— —
Ludwigsh.-Bexbach	9	4	136 B
Magdeb.-Halberstadt	25½	4	175 G
Magdeburg-Leipzig	17	4	— —
Magdeb.-Wittenb.	1⁵⁄₂₄	4	66 bz
Mainz-Ludwigshafen	7½	4	119 bz
Mecklenburger	2½	4	60 et bz u B
Münster-Hammer	—	4	95½ B
Niederschl.-Märk.	—	4	95 bz
Niederschl. Zweigbahn	¾		60 bz

Dividende pro 1862.		Zf.	
Nordb., Friedr.-Wilh.	—	4	54⅛—¼ bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	10⅓⅛	3½	143½—142½ bz
" Litt. B.	10⅓⅛	3½	132½ B
Oester.-Frz.-Staatsb.	5	5	101½—102 bz
Oppeln-Tarnowitz	2½	4	52¼ bz
Rheinische	6	4	92 bz
do. St.-Prior.	—	4	103½ B
Rhein-Nahebahn	—	4	24—23½ bz
Rhr.-Cref.-K.-Gladb.	4½	3½	94 bz
Russ. Eisenbahnen	—	5	105¾ bz
Stargard-Posen	6	3½	87½ B
Oesterr. Südbahn	8½	5	35—½ bz
Thür.	7⅔	4	118½ bz

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1862.		Zf.	
Preuß. Bank-Antheile	6⅒	4½	121 B
Berl. Kassen-Verein	5½⅛	4	114 B
Pom. R. Privatbank	5½	4	91 B
Danzig	6	4	96 G
Königsberg	5½	4	99½ G
Posen	5⅒	4	91¾ G
Magdeburg	4⅒	4	89½ B
Disc.-Comm.-Anthein	7½		94 bz u B
Berliner Handels-Ges	9	4	102 bz u B
Oesterreich	4½		73½—¾—½ bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anl.	4½	99⅝ bz	
Staatsanl. 1859	5	104¼ bz	
Staatsanl. 50/52	4	94 bz	
54, 55, 57	4½	99¾ bz	
do. 1859	4½	99¾ bz	
do. 1856	4½	99¾ bz	
do. 1853	4	94 bz	
Staats-Schulds	3½	87½ bz	
Staats-Pr.-Anl.	3½	119¼ B	
Kur- u. N. Schld.	3½	87¾ bz	
Berl. Stadt-Obl.	4½	100 bz	
do. do.	3½	86½ G	
Börsenh.-Anl.	5	102½ G	
Kur- u. N. Pfdbr.	3½	87½ bz	
do. neue	4	98¼ bz	
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	84 G	
do.	4	93 bz	
Pommersche	3½	87 bz	
do.	4	97⅛ bz	
Posensche	4	103 B	
do. neue	3½	96 B	
do. do.	4	93¾ B	
Schlesische	3½	92¾ B	
Westpreuß.	3½	84 bz	
do.	4	93 bz	
do. neue		91¾ bz	
Kur- u. N.-Rentbr.	4	96½ G	
Pommer. Rentbr.	4	96½ G	
Posensche	4	9 ½ G	
Preußische Rentbr.	4	96½ G	
Schlesische	4	97½ B	

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	60 bz
do. Nat.-Anl.	5	65¼ bz
Neueste Oest. Anl	5	75—½—¼ bz
Oesterr. Pr.-Obl.	4	72½ B
do. Eisb.-Loose	—	75 bz
Inst. b. Stg. 5. A	5	80⅜ bz
do. do. 6. Anl.	5	91 bz
Russ.-engl. Anl.	5	89¼ bz u B
do. do.	3	54½ G
do. do.	4½	— —
do. do. 1862	5	86¾ bz u B
Russ. Pln. Sch.-O.	4	70½ bz
Cert. L. A. 300 Fl.	—	90½ bz u B
do. L. B. 200 Fl	4	— —
Pfdbr. n. in S.-R.	4	80¼ bz u B
Part.-Obl. 500 Fl.	—	86¼ et bz
Hamb. St. Pr.-A.	—	— —
Kurhess. 40 Thlr.		52½ et bz
N. Badens. 35 Fl.	—	30 B
Dessauer Pr.-A	3½	100 B
Schwed. 10 Thl		— —

Wechsel-Cours vom 5 Jan.

Amsterdam kurz	4	141⅞ bz
do. 2 Mon.	4	140⅞ bz
Hamburg kurz	5½	151¼ bz
do. 2 Mon.	5½	150 bz
London 3 Mon.	6	6 18½ bz
Paris 2 Mon.	5	78⅞ bz
Wien Oester. W. 8 T.	5	82 bz
do. do. 2 M.	5	81½ bz
Augsburg 2 Mon.	5	56 18 bz
Leipzig 8 Tage	5½	99¾ G
do. 2 Mon.	5½	99½ G
Frankfurt a. M. 2 M.	5	56 20 bz
Petersburg 3 Woch.	6	95⅝ bz
do. 3 Mon.	6	93¾ G
Warschau 8 Tage	5½	85¼ G
Bremen 8 Tage	5	109⅝ bz

Gold- und Papiergeld.

Fr. Bkn. m. R.	99⅞ bz	Louisd'or	110⅛ G
" ohne R.	99⁷⁄₁₂ bz	Sovrgs.	6.20½ B
Oest.-östr. W	82⅔ bz	Goldkron.	9.6 bz
Pol. Bkn.	85½ bz	Gold(pr.)	457½ bz
Dollars	1½ B	Silber	29 26 G
Napo	5 9½ bz.		

Als Verlobte empfehlen sich:

Johanne Lichtenstein,
Marienburg

Jacob Gottfeld,
Arenswald. [8532]

Marienburg, den 4. Januar 1864.

Heute Nachmittags 1 Uhr wurde meine Frau **Elisabeth** geb. **Struckmann** von einem kräftigen Mädchen leicht und glücklich entbunden.

Suzemin, den 5. Januar 1864.

[8550] **W. Albrecht.**

Concurs-Eröffnung.

Königliches Stadt- u. Kreis-Gericht zu Danzig,

1. Abtheilung,

den 6. Januar 1864, Vormittags 11 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Joh. Wilh. Otto Hahn, in Firma Otto Hahn, hierselbst ist der kaufmännische Concurs im abgekürzten Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 30. December 1863 festgesetzt.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Justiz-Rath **Walter** bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf [8556]

den 15. Januar 1864,
Nachmittags 12½ Uhr,

in dem Verhandlungs-Zimmer No. 18 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Commissar Herrn Stadt- und Kreis-Gerichts-Rath Caspar anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines andern definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche vom Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen; vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis **zum 6. Februar 1864** einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Concursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu machen.

Einladung zum Abonnement auf die

Frist.

Heute in erster Probenummer und von nun an regelmäßig wöchentlich einmal erscheint im unterzeichneten Verlag eine Wochenschrift, deren Aufgabe es ist, den geistigen Verkehr zwischen dem deutschen Nationalverein und seinen Mitgliedern und Freunden auch in Preußen zu vermitteln, die Grundsätze des Vereins auch dort zu vertreten und zu verbreiten und damit dessen Zwecke auch dort zu fördern.

Für die **„Frist"** werden thatsächlich zuverlässige Mittheilungen, zur Kennzeichnung der Verhältnisse und Zustände in Preußen gern angenommen und anständig honorirt.

Die **„Frist"** verzichtet auf den Postdebit; sie ist nur und allein durch den **Buchhandel,** (zum Preis von 12½ Sgr.) oder (gegen francirte Vorausbezahlung) **direct** bei der unterzeichneten Expedition hier (zum Preis von 10 Sgr. hier am Ort zu beziehen). Im letzteren Fall übernimmt die Expedition an dem entstehenden Porto den Betrag von 1½ Sgr. pro Exemplar und Quartal. Bei Bezug von mindestens 20 Exemplaren unter einem Paquet reducirt sich der Portozuschlag auf ein solches Minimum, daß in keinem solchen Fall der Abonnementsbetrag inclusive Porto auf mehr als 14 Sgr. pro Exemplar und Quartal sich berechnen wird. Inserate werden mit 2 Sgr. oder 7 kr. für die doppeltspaltige Petitzeile berechnet.

Coburg, im December 1863.

Die Expedition der „Frist".
F. Streit's Verlagsbuchhandlung.

Die permanente Hefenniederlage in Danzig, Hundegasse No. 50, empfiehlt anhaltend gute und frische Hefe zu einem billigen Preise. Die Herren Brennereibesitzer und Bäcker werden besonders darauf aufmerksam gemacht. [8553]

Auswärtige Aufträge werden umgehend effectuirt.

☛ Ganz trockene, büchene 1½-, 2- und 3zöllige Bohlen halte stets auf Lager.

A. W. Dubke,
auf der Speicherinsel, Hopfengasse No. 90.

Frisch geröstete große Weichsel-Neunaugen empfiehlt schock- und stückweise billigst

[8546] **Gustav Thiele,**
Heil.-Geistgasse 72.

North British und Mercantile

Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

in **LONDON und EDINBURG,**
gegründet 1809.

Grundcapital Thlr. 13,333, 00. Reservefonds Thlr. 14,152,000.

Diese laut Rescripte der hohen Ministerien vom 4 Decbr. v. J., auch für die Preussischen Staaten concessionirte Gesellschaft, die sich überall wegen ihrer Solidität und schnellen gerechten Abwickelung von Schäden eines wohlbegründeten Rufes erfreut — **übernimmt zu billigen festen Prämien, wobei jede Nachschuss-Verbindlichkeit ausgeschlossen ist,** sowohl

Feuer-Versicherungen

als auch

Lebens-Versicherungen.

Für beide Geschäfts-Branchen bietet die Gesellschaft den Versicherern jede mögliche Erleichterung, und ist der unterzeichnete General-Agent **zur sofortigen Vollziehung der Policen für Feuer-Versicherungen ermächtigt,** und ertheilt stets gerne jede nähere Auskunft, indem derselbe sich zur Entgegennahme und Ausführung betreffender Aufträge empfiehlt.

A. J. Wendt;
Heiligegeistgasse No. 93.

[8545]

Das Comptoir der General-Agentur der Preußischen National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin, ist von der Heiligengeistgasse No. 93 nach der **Hundegasse No. 89** verlegt, was ergebenst anzuzeigen mir erlaube.

Hugo Kortenbeitel,
General-Agent der
[8413] Preußischen National-Versicherungs-Gesellschaft.

Englische glasirte Steinröhren

empfiehlt [6608]

Gr. Gerbergasse No. 7. **Hugo Scheller.**

R. F. Daubitz'scher

Kräuter-Liqueur,

erfunden und nur allein bereitet von dem **Apotheker R. F. Daubitz in Berlin, Charlottenstr. 19,** ist ächt zu beziehen in der autorisirten Niederlage bei [1314]

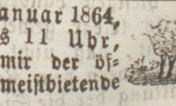
Friedrich Walter in Danzig,
Hundegasse 96.
Ad. Mielke in Praust,
Jul. Wolf in Neufahrwasser,
Hildebrand in Buckau,
J. W. Frost in Mewe.

Petroleum-Lampen und bestes raffinirtes Petroleum empfiehlt billigst

[8533] R. Bäcker in Mewe.



Am 13. Januar 1864, Vormittags 11 Uhr, wird bei mir der öffentliche meistbietende



Verkauf von
10 zweijährigen und
90 einjährigen
Kammwoll-Böcken und
30 alten tragenden und
40 zweijährigen
Kammwoll-Schafen stattfinden, wozu Käufer hierdurch eingeladen werden.

Bemerkt wird, daß die Böcke in zwei gleichmäßige Klassen eingetheilt sind und zu resp. 25 Rt. und 50 Rt. Minimal-Preis eingesetzt werden.

Bei den Schafen werden jedesmal 10 Stück zum Aufgebot kommen. [8428]

F. Busch-Toitenwinkel, bei Rostock.

Zwei hochtragende Kühe sind Umstände halber zu verkaufen in

[8521] **Klein Plehnendorf bei Bauer.**

Beste frische Rübkuchen empfiehlt billigst frei den Bahnhöfen und ab hier

R. Bäcker in Mewe.

Jungen Männern, die sich zu wissenschaftlichen Prüfungen vorbereiten, Unterricht zu ertheilen, ist bereit **Prediger de Veer,**

[8501] Neugarten 6.



Der Verkauf 1½-jähriger Sprung-Widder aus der hiesigen Original-Kammwoll-Stammschäferei — reines Gerdeshagener Blut, — beginnt am 18. Januar d. J.

Dominium Weedern
bei Darkehmen in Ostpreußen,
Bahnstation Insterburg. [8477]

Im Hause Heiligegeistgasse No. 93 ist die Obersaal-Etage, bestehend aus verschliessbarem Entrée, 2 Zimmern, Kabinet, Kammern, Küche, Boden, zu Ostern an ruhige Bewohner z. vermiethen.

Ca. 21,000 Fuß ⁵⁄₄-zöllige, mindestens 10 Zoll breite Dielen, in Längen von 30 Fuß, und 100 Schock 4 Fuß lange kiefern Pfähle, ca. 3 Zoll Durchmesser, werden zu kaufen gesucht.

Anerbietungen an

Deich-Hauptmann Ziehm, [8547]
Adl. Liebenau bei Pelplin.

Crême van Trup!

Diesen ausgezeichneten Kräuter-Liqueur als Schutz und Heilmittel gegen Trichinenkrankheit, giebt mit der Versicherung, daß es kein Gift ist, à Fl. 7½ Sgr. ab

F. L. Jeche,
[8537] 2 Damm 16.

Ein junger umsichtiger Mann, 20 Jahre alt, welcher eine gute Handschrift schnell schreibt und dem Schulkenntnisse zur Seite stehen, wünscht auf solides Honorar in genanntem Fache beschäftigt zu werden. Gefällige Offerten nimmt die Exped. dieser Ztg. unt 8548 entgeg.

Abonnements-Listen zu den im Schützenhause stattfindenden Concerten, liegen zur gefälligen Unterzeichnung bis zum 12. d. Mts. in der Blumenhalle des Herrn J. Radike, Langgassen- und Gerbergassen-Ecke aus.

1 Billet für 8 Concerte 1 Thlr., 1 Familienbillet für 4 Personen zu den 8 Concerten 3 Thlr. **L. Laade.**

Mehrere sehr convenable Grundstücke, sowohl ländliche als städtische, darunter Geschäftshäuser, habe ich im Auftrage zu verkaufen.

[8411] **J. L. Baumann,** Röpergasse 13

Herr Cand. theol. **Ludwig Döring** wird hiermit ersucht, dem Unterzeichneten umgehend seine Adresse aufzugeben.

Graudenz.

[8549] **Bruno Stechbardt.**

Ein Hauslehrer für 3 Knaben von 6—11 Jahren wird gesucht. Gehalt 200 Rt. Näheres in der Exped. dieser Zeitung unter No. 8452.

Mein Comtoir ist von heute ab Frauengasse No. 49.

Danzig, 4. Januar 1864.

[8473] **Th. Boyd.**

Das Comptoir Langenmarkt 20 ist zu vermiethen. [8554]

Auf dem Wege vom Langenmarkt über die Börse nach der Spar-Kasse ist ein Bund kleiner Schlüssel verloren. Wer dasselbe Langenmarkt No. 37 abliefert, erhält eine angemessene Belohnung. [8558]

Der Unterzeichnete wird die von ihm angekündigten

Vorträge über die neueste Geschichte Italiens

Sonnabend, den 9. Januar, Abends 6½ Uhr, im Saale des Gewerbehauses zu eröffnen die Ehre haben.

Gegenstand des ersten Vortrags: Landes- und Volksart. — Italienische Zustände vor fünfzig Jahren. — Die Factoren der Bewegung.

Billets je 2 Rt. pro Person, Familien-Billets à 1½ Rt. pro Person für 6 Vorlesungen und à 15 Sgr. für die einzelne Vorlesung sind in den Buchhandlungen von **Léon Saunier** und **F. A. Weber,** so wie an der Kasse zu haben. [8401]

F. Kreyssig.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 7. Januar. (4. Ab. No. 9.) Zum siebenten Male: **Pechschulze.** Posse mit Gesang in 3 Acten von H. Salingré. Musik von A. Lang. [8552]

Freitag, den 8. Januar. (Abon. susp.) Benefiz für Herrn L. Fischer-Achten. **Fra Diavolo, oder: Das Gasthaus zu Terracina.** Komische Oper in 3 Acten von Auber. Hierauf: **Die Wiener in Berlin.** Liederspiel in 1 Act von Holtei.

Aufruf zur Hilfe!

Am 30. October v. J. entstand im Kirchdorfe Borszymmen, im Kreise Lyck, eine Feuersbrunst, welche bei dem damals wehenden Sturmwinde fast das ganze Dorf in Asche legte und allen Anstrengungen zum Trotz binnen einer Stunde 128 Gebäude vernichtete. Nur die Kirche und einige wenige Privathäuser blieben verschont. Ungefähr 500 Menschen sind ihres Obdachs beraubt und von allen Mitteln entblößt, dem Elende und der Strenge des nahen Winters preisgegeben. Die Grundbesitzer haben den ganzen Einschnitt und einen großen Theil ihres Viehs verloren, die zahlreichen Handwerker ihr Handwerkszeug und die Stätte, an welcher ihre Hand das tägliche Brod erwarb. Nur ein geringer Theil der beweglichen Habe war versichert. Der Gesammtschaden beträgt nach ungefährer Schätzung gegen 200,000 Thaler.

Die Noth der meisten Abgebrannten ist so groß, daß nur schleunige und energische Hilfe sie vom Untergange retten kann. An die Mildthätigkeit ihrer preußischen und deutschen Landsleute von der Memel bis zum Rhein richten die Unterzeichneten die dringende Bitte um Hilfe für die Unglücklichen und erklären sich bereit, milde Gaben in Empfang zu nehmen und über die Verwendung öffentliche Rechnung zu legen.

Lyck (Regierungsbezirk Gumbinnen),
am 28. November 1863.

Boehncke, Kreisgerichts-Rath,
Blaurock, Kaufmann. A. Grinda, Rentier.
M. Gruen, Kaufmann.
Otto Grunwald, Kaufm. v. Hamilton, Rentier.
Hube, Stadthauptkassen-Rendant.
Heinz, Kaufmann. Jeromin, Kaufmann.
Kuhse, Oberlehrer. F. Konietzko, Kaufmann.
G. Plenio, Kaufm. Stobbe, Landschaftsrath.
Weinberg, Kaufmann. Wolff, Agent.

Gelegenheitsgedichte aller Art fertigt

[7332] **Rudolph Deutler.**

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.